

Wirtschaftskonzept der SP Schweiz

Klima – Wachstum – Innovation – Gerechtigkeit

Analyse der Arbeitsgruppe 4 / Zweiter Entwurf
Grundlage zur Sitzung von Montag, 13. November 2017
23. November 2017

Inhalt

1	Klimawandel als zentrale Herausforderung	1
1.1	Der Klimawandel und seine Folgen sind bereits da	1
1.2	Eingrenzung des Klimawandels als primäres Ziel	2
1.3	Wachstum hat ausbeuterischen Aspekte	3
2	Doppelstrategie: Entkoppelung und Wertewandel	4
2.1	Doppelstrategie als Ansatzpunkt	4
2.2	Dekarbonisierung der Energieversorgung ist zentral	4
2.3	Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist möglich	5
2.4	Innovation für eine ressourcenschonende Wirtschaft	7
2.5	Wertewandel und Demokratisierung der Wirtschaft	9

1 Klimawandel als zentrale Herausforderung

Hinweis: Die Arbeitsgruppe konzentrierte sich gemäss der vorgegebenen Thesen auf die Aspekte des Klimawandels und konnte weitere Ressourcen und dabei insbesondere das Thema des Bodens und des Bodenverbrauchs (flächen- und volumenbezogen sowie der Bodendegradation) nicht vertiefen.

1.1 Der Klimawandel und seine Folgen sind bereits da

Obwohl die globale Temperaturzunahme bislang erst plus 1°C beträgt, wird der Klimawandel weltweit spürbar – auch in der Schweiz, die aufgrund ihrer Topographie insbesondere vom Rückgang der Gletscher, vom Aufschmelzen des Permafrosts und von zunehmenden gravitativen Naturgefahren betroffen ist. In anderen Regionen der Welt sind stärkere Niederschläge und Wirbelstürme, oder trockenere und heissere Sommermonate sowie das Absterben grösserer Waldgebiete zu vermerken. Mit anderen Worten, die von der Wissenschaft prognostizierten Entwicklungen sind bereits signifikant.

Gelingt es nicht, die aktuelle Erderwärmung auf plus 1.5°-2° zu beschränken,¹ so ist mit zunehmenden Naturkatastrophen weltweit, Ernährungsproblemen, Migrationsströmen und Verdrängungskonflikten zu rechnen. Ergebnisse der Forschung unterstreichen das Risiko, dass dies innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte erreicht sein könnte – sofern es nicht gelingt den aktuellen anthropogenen Ausstoss an Treibhausgasen massiv zu reduzieren.

Dabei ist davon auszugehen, dass ein ungebremsster Klimawandel zuerst die ärmeren Regionen, relativ bald aber auch die entwickelten Länder an den Rand ihrer Kapazitäten bringen wird. Viele Regionen werden bald nicht mehr in der Lage sein, sich gegen Unwetterschäden abzusichern, Nahrungsmittel erfolgreich anzubauen, Trinkwasser in ausreichender Menge bereitzustellen und zerstörte Gebiete nach Schadensereignissen wieder aufzubauen. Während bei der Bekämpfung schwerer Armut, Krankheiten und Unterernährung in den letzten Jahrzehnten – global gesehen – Fortschritte erzielt wurden, wird ein aus dem Ruder laufendes Klima diese Fortschritte mehr als zunichtemachen.² Der daraus entstehende Migrationsdruck und gewaltsame Konflikte werden angesichts der heute verfügbaren Technologien vor keinen Grenzen Halt machen.

Kernsatz 1: Die Auswirkungen der Erderwärmung sind als eine der grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit zu erkennen.

¹ Das Pariser Abkommen will die globale Erwärmung bei möglichst 1.5 Grad beschränken.

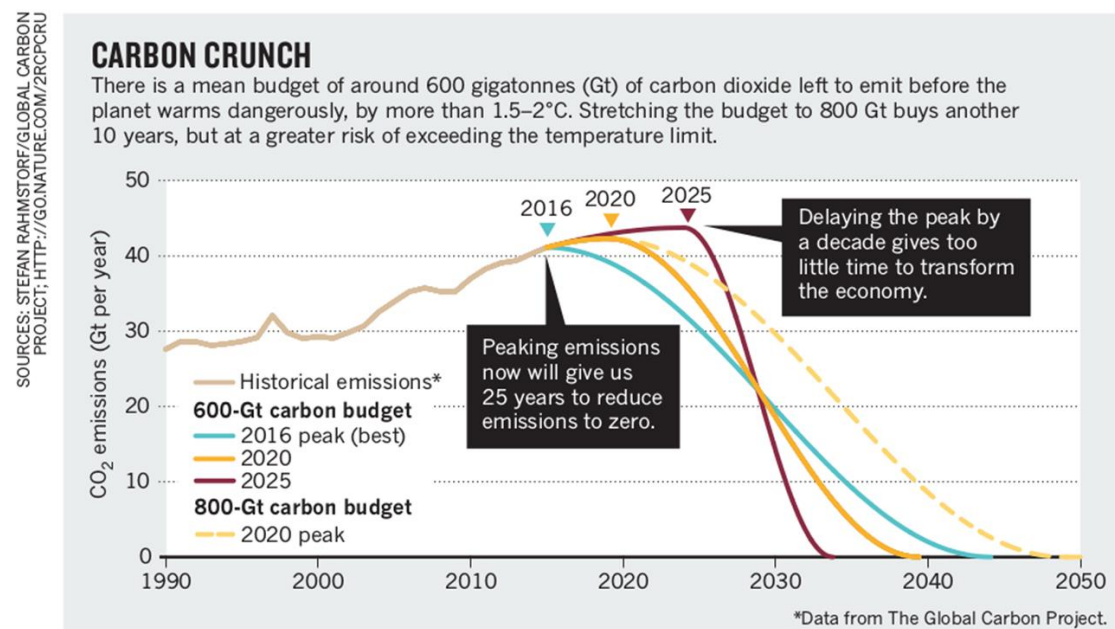
² So ging die Zahl hungernder Menschen seit 2003 und bis 2014 stetig zurück. Seit 2015 steigt sie wieder deutlich an, gerade auch wegen des Klimawandels.

1.2 Eingrenzung des Klimawandels als primäres Ziel

Entwicklungen, die durch den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt möglich wurden, stellen neue Herausforderungen für Mensch und Umwelt dar. Mit der Industrialisierung ab Mitte des 18. Jahrhunderts und verstärkt nach dem 2. Weltkrieg wurden die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdgas und Erdöl zentrale Grundlage für Industrie, Landwirtschaft und Transport. Die im Verbrennungsprozess resultierenden CO₂ Emissionen führen zu höheren CO₂ Konzentrationen in der Atmosphäre von aktuell 400 ppm, was gegenüber dem vorindustriellen Wert von 280 ppm einer Erhöhung von über 40 % entspricht, zum Treibhauseffekt und damit zu höheren Temperaturen und zum Klimawandel. Zurzeit werden durch das Verbrennen von Wäldern und fossilen Brennstoffen jährlich knapp 40 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre eingetragen. Das 1.5 bis 2°C Ziel erlaubt die Abgabe von gesamthaft lediglich weiteren 600 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre. Auch eine Stabilisierung der Emissionen auf heutigem Stand würde das Problem nicht lösen, sondern die CO₂-Konzentration weiterhin schnell steigen lassen.

Um die globale Temperaturerhöhung auf die von der Wissenschaft als gerade noch handhabbar gewerteten 1.5°-2°C zu limitieren, muss der Ausstoss von CO₂ durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen und Abholzung von Wäldern innerhalb der nächsten Jahre, spätestens bis 2040 (siehe Abbildung 1) gestoppt werden.

Absenkpfade CO₂-Emissionen



Figur 1: Absenkpfade der CO₂-Emissionen um das 1.5-2°C Ziel einzuhalten. Christiana Figueres in Nature: <https://www.nature.com/news/three-years-to-safeguard-our-climate-1.22201>

Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls, des Pariser Klimaabkommens sowie der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDG 9, 11, 12, 13), verpflichtet sich die Schweiz zu einem CO₂-Absenkpfad. Die Schweiz muss ihren Beitrag zur Klimapolitik leisten und CO₂ Emissionen auf breiter Front und radikal senken.

Kernsatz 2: Zur Verhinderung der Klimakatastrophe ist auf Verbrennung fossiler Energieträger zu verzichten und der Verbrauch natürlicher Ressourcen massiv zu reduzieren.

1.3 Wachstum hat ausbeuterischen Aspekte

Wirtschaftsentwicklungen, die keine Rücksicht nehmen auf Nachhaltigkeit und als Erfolgskriterium lediglich ein steigendes Bruttoinlandprodukt (BIP) verwenden, weisen immer auch massiv ausbeuterische Aspekte auf – selbst wenn sie in einem lokalen Kontext Grundlage einer fortschrittlichen und sozial gerechten Politik sein können. Dies kann sich sozioökonomisch betrachtet in der Ausbeutung von Arbeitskraft, in der Unterwerfung indigener Völker oder in der Sklaverei und in ökologischer Hinsicht in einer hemmungslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen äussern. Treibende Kraft und wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums stellen systembezogen das kapitalistische Wirtschaftssystem und materiell seit Mitte des 18. Jahrhunderts und verstärkt seit der ersten, erfolgreichen Erdölbohrung in Texas im Jahr 1859, die fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas dar. Der nicht nachhaltige Umgang mit den beschränkten Ressourcen der Welt, der Klimawandel, die weltweiten Prozesse der Urbanisierung sowie die demografische Entwicklung, verbunden mit Möglichkeiten und Anforderungen an Gesundheit, sind mächtige Problemstellungen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lösungen erfordern. Die Schweiz ist Teil dieses Systems und profitiert gleichermassen davon wie sie auch von den Folgen des Klimawandels betroffen ist und sein wird. Erdölbasiertes Wachstum und der Klimawandel stellen somit zwei Seiten der gleichen Medaille dar und die wirtschaftspolitische Herausforderung besteht darin, das ausbeuterische, erdölbasierte Wachstum und gleichzeitig die damit verbundenen CO₂ Emissionen einzudämmen. Im Wissen um die schädlichen und gefährlichen Auswirkungen ungebremsen, materiellen Wachstums und der Treibhausgasemissionen ist ein Weiter so wie in den vergangenen 200 Jahren keine Option. Zu bedenken sind in diesem Kontext auch die Kosten des Nichthandelns.³

Kernsatz 3: Der Zielkonflikt zwischen der Verhinderung einer globalen Klimakatastrophe einerseits und Wachstum andererseits verlangt eine absolute⁴ Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch/Erderwärmung.

³ 2005 beispielsweise gab es durch Hochwasser Schäden mit Kosten von 3 Milliarden Franken. Vor zwei Jahren gab es einen Sommer mit 800 Hitzetoten.

⁴ Gefordert ist somit nicht nur eine relative, sondern eine absolute Entkoppelung.

2 Doppelstrategie: Entkoppelung und Wertewandel

Hinweis: Die Arbeitsgruppe hält fest, dass sie im Rahmen dieser Arbeiten keine umfassende Kapitalismusdefinition vornehmen konnte.

2.1 Doppelstrategie als Ansatzpunkt

Kurzfristig und mittelfristig muss der übermässige Ressourcenverbrauch durch Massnahmen im herkömmlichen, auf Wachstum beruhenden Wirtschaftssystem eingedämmt werden. Dazu liegen die Massnahmen insbesondere in den Bereichen von Effizienzsteigerungen, Förderung alternativer Energien, Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sowie innovativen Technologien. Langfristig betrachtet muss jedoch die Notwendigkeit eines Wertewandels angesprochen werden, denn Wachstum kann stets Krisen erzeugen, die in der begrenzten Welt nicht mehr durch ein Ausweichen auf neue Märkte gelöst werden können.

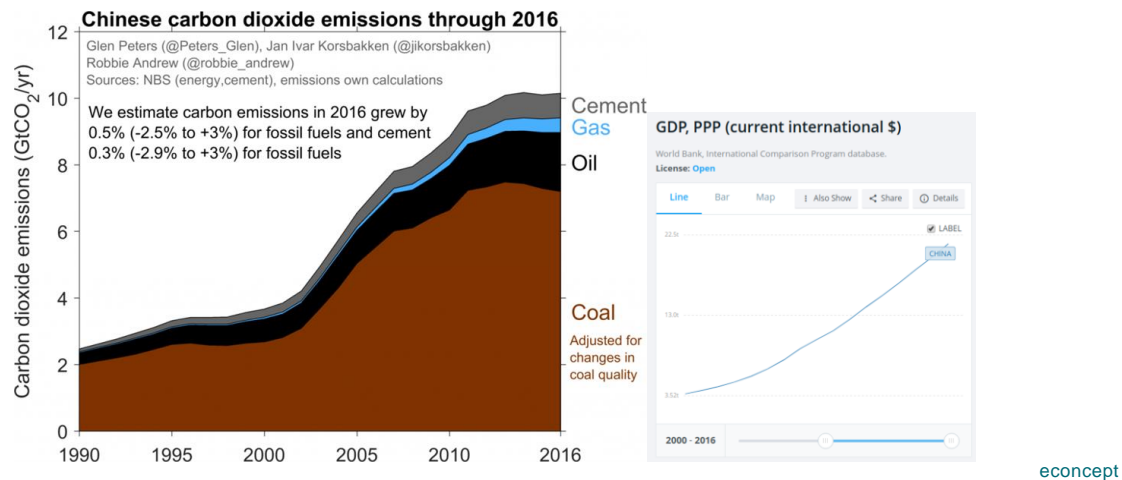
Kernsatz 4: Wir verfolgen eine Doppelstrategie, die die Dringlichkeit der Verhinderung der Klimakatastrophe mit einem langfristigen Wertewandel verbindet.

2.2 Dekarbonisierung der Energieversorgung ist zentral

Mit der klaren Unterstützung der Energiestrategie hat die Schweizer Stimmbevölkerung aufgezeigt, dass sie eine Politik will, welche Energieeffizienz und Energie aus erneuerbaren Quellen fördert und aus der Atomkraft aussteigt. Die Dekarbonisierung der Energieversorgung muss schnell erfolgen, um das Ziel von 600 Gigatonnen CO₂-Emissionen einhalten zu können. Positiv scheint, dass die globalen CO₂-Emissionen in den vergangenen Jahren ein Plateau erreichen konnten, bevor sie 2016 wieder leicht anstiegen – und dies bei weiterhin jährlichen globalen Wirtschaftswachstumsraten zwischen 3 und 4% (Stand 2017). In vielen entwickelten Volkswirtschaften haben sich CO₂-Ausstoss und Wirtschaftswachstum entkoppelt, selbst, wenn die produzierende Industrie ausgebaut wird. Bemerkenswerterweise verzeichnete auch China, als weltweit grösster CO₂-Emittent, in dieser Periode rückläufige Emissionen – trotz Wirtschaftswachstumsraten über 6% und einer jährlichen Erhöhung der Industrieproduktion deutlich über 5%.⁵ Nachstehende Grafiken illustrieren dies.

⁵ Der geplante Bau vieler Kohlekraftwerke wurde sistiert, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird mit Milliardeninvestitionen vorangetrieben.

CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum in China



Figur 2: Entwicklung von CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum in China

Kernsatz 5: Ziel ist die erneuerbare Vollversorgung; bis 2050 soll die Schweiz klimaneutral sein.

Eine Transformation der Energieversorgung ist mit bereits entwickelter, erprobter und bezahlbarer Technologie machbar und zudem mittelfristig deutlich günstiger als die Behebung der immensen Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden. Dazu müssen Staat und internationale Gemeinschaft verbindliche Regeln einführen, denn von alleine wird dies nicht in ausreichender Geschwindigkeit passieren. Die Frage der Besitzverhältnisse ist dabei ebenfalls wichtig: Grosse Infrastrukturanlagen zur Produktion, Durchleitung oder Speicherung von Energie gehören in den Besitz der Öffentlichkeit. Was von der Schweizer Bevölkerung finanziert wurde und strategisch wichtige Monopolinfrastuktur ist, soll nicht an private oder ausländische Investoren übergehen.

2.3 Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist möglich

Kernsatz 6: Ziel ist es, wirtschaftliches Handeln und die Vermeidung einer Klimakatastrophe in Einklang zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Massnahmen in breiten politischen und gesellschaftlichen Bereichen notwendig.

Chancen des qualitativen Wachstums und der Nachhaltigkeit

Ziel ist ein Umbau der Wirtschaft weg vom Prinzip der Ressourcen-Ausbeutung hin zum Prinzip der Nachhaltigkeit und der Ressourcen-Schonung. Es besteht das Potenzial, dass der notwendige Umbau ein Wirtschaftswachstum ermöglicht, das ohne zusätzliche Belastung der Umwelt auskommt. Wirtschaftliches Handeln muss sich an den Grundsätzen des qualitativen Wachstums und der Kreislaufwirtschaft mit wenig bis keinem Ressourcenverbrauch orientieren. Wirtschaftliches Wachstum muss sich also von wachsendem Ressourcenverbrauch absolut entkoppeln. Statt fossile Energieträger sind erneuer-

bare Energien zur Produktion von Konsum- und Investitionsgütern zu verwenden und statt Rohstoffen aus primären Lagerstätten, Materialien aus wiederverwerteten Konsum- und Investitionsgütern. Mit anderen Worten: Es geht um den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und um die Internalisierung von Produktionskosten.

Gleichzeitig werden durch ein einen solchen Umbau der Wirtschaft neue Wachstumsimpulse ausgelöst, so insbesondere im Bereich Cleantech, was der Arbeitsplatzsituation zu Gute kommen kann. Dabei können auch wirtschaftlich rentable Geschäftsfelder eröffnet oder vertieft werden (z.B. Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien). Dazu müssen Konzepte entwickelt und vertieft werden, welche direkt auf eine Senkung der CO₂ Emissionen zielen (z.B. mobilitätsvermeidend Raumplanungskonzepte, ökologisch verträgliche Landwirtschaft), teilweise müssen Wirtschaftsmodelle entwickelt oder vertieft werden, welche auf gemeinschaftlichen Nutzungen (sharing economy) und dem Schliessen von Materialkreisläufen beruhen. Forschung und Entwicklung sowie die Exportwirtschaft, traditionell Stärken der Schweiz, würden davon profitieren.

Information und Bewusstseinsbildung

Das Terrain für einen markanten Umbau der Wirtschaft wird mittels Information und Bewusstseinsbildung geebnet werden müssen. Dazu gehört insbesondere Transparenz zu Produktionskosten in breitem Sinn. Eine Kampagne gegen die Desinformationspolitik der Erdöllobby und für eine nachhaltigere Wirtschaft mit einer gerechteren Verteilung von Produktionskosten und Gewinnen sowie die Offenlegung von Zusammenhängen zwischen wachsendem Ressourcenverbrauch und Klimawandel und Ungleichheit wird somit auch herrschende Verhältnisse in Frage stellen. Diese Zusammenhänge nachvollziehbar offenzulegen ist aber eine Voraussetzung für wirkungsvolle Massnahmen gegen die Klimakatastrophe.

Regulierungen

Regulierungen müssen wirtschaftliche Verhaltensweisen und Technologien, die diesen Umbau behindern, zunehmend finanziell belasten und schliesslich verbieten – und umgekehrt Anreize setzen für positive Verhaltensweisen und Fördermassnahmen beschliessen für ressourcenschonende, innovative Technologien. Dazu müssen die Kosten fossiler Energieträger die externen Kosten decken (Lenkungsabgaben, welche an Haushalte und Wirtschaft zurückverteilt werden). Eine globale CO₂-Abgabe wäre ein effizienter Weg, um dieses Ziel zu erreichen, allerdings verschafft sich jedes Land, das jetzt den Umbau der Energieversorgung in Angriff nimmt, schon heute einen starken Wettbewerbsvorteil. Die Schweiz mit ihrem starken öffentlichen Sektor könnte dabei über ein verändertes öffentliches Beschaffungswesen, das auf Nachhaltigkeit im Lebenszyklus und auf Innovation setzt, wichtige Beiträge leisten. Zudem werden neue Fiskalsysteme notwendig werden, die Maschinen und Transaktionen sowie Konsum statt menschliche Arbeit besteuern. Die Umbaukosten sollen über Energieabgaben oder Steuern grundsätzlich von allen Konsumentinnen und Konsumenten getragen werden. Auch der energieintensive Teil der Wirtschaft muss seinen Teil beitragen. Standortnachteile oder soziale Härten sind über die Rückverteilungswirkung der Lenkungsabgaben auszugleichen.

Das Pariser Übereinkommen zielt darauf ab, die weltweite Reaktion auf die Bedrohung durch Klimaänderungen im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und den Bemühungen zur Beseitigung der Armut zu verstärken, indem unter anderem die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung.⁶

Kernsatz 7: Zentral sind Regulierungen des Finanzmarkts und damit das Ziel, dass weder die Nationalbank, noch institutionelle Anleger Investitionen und Kredite für nicht nachhaltige Energieversorgungen tätigen resp. sprechen.

Der «Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft» hatte sich eine ansehnliche Allianz angeschlossen. Die Initiative erreichte in der Abstimmung vom 25. September 2016 einen Stimmenanteil von etwa 36%. Da anzunehmen ist, dass die Risiken des Klimawandels für die Menschheit für viele Leute deutlicher werden, dürfte die Akzeptanz dieses Ansatzes steigen. Es macht darum wenig Sinn, eine wesentlich andere Stossrichtung zu suchen. Umso dringlicher ist es, der Bevölkerung den Stand der wissenschaftlichen Forschung und somit die Folgen der Klimakatastrophe zu vermitteln.

2.4 Innovation für eine ressourcenschonende Wirtschaft

Hinweis: Die Arbeitsgruppe geht davon aus, dass die Aspekte der Entwicklung von Arbeitsplätzen in einer anderen Arbeitsgruppe vertieft behandelt werden.

Auch wenn unklar ist, wann und in welchem Ausmass die gesamthaft nötige Arbeit abnehmen wird und inwiefern es gelingen wird, neue Arbeitsplätze in ressourcenschonenden Wirtschaftszweigen zu schaffen, müssen wir uns heute mit diesen Fragen befassen, denn es ist zu befürchten, dass mittel- und langfristig erheblicher Mangel an bezahlter Arbeit herrschen wird. Wir sehen dazu Handlungsbedarf in folgenden Bereichen.

Stärkung der öffentlichen Forschung

Kernsatz 8: Wichtig sind mehr öffentliche Investitionen in öffentliche Forschung.

Forschung ist für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung; ca. 3% des BIP werden für Forschungs- und Entwicklung aufgewendet. Die Förderung der freien Grundlagenforschung im Rahmen des SNF garantiert dabei, dass Forschungsprojekte von unabhängigen Peers evaluiert werden, was eine hohe Forschungsqualität garantiert, die im internationalen Umfeld mithalten kann und die Schweiz in allen Bereichen (Bildung, Basiswissen, industrielle Entwicklung) weiterbringt. Zusätzlich können im Rahmen der nationalen Forschungsprogramme vom Bundesrat Schwerpunktthemen definiert werden, die sich auf spezifische Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft ausrichten. Die öffentliche Forschungsförderung muss aber die gesamte Innovationskette adressieren bis hin

⁶ Laut Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz wird der erwartbare plötzliche Wertverlust dieser Anlagen eine Wirtschaftskrise auslösen; ein vorzeitiger Ausstieg deshalb sehr vorteilhaft.

zur Einführung nachhaltiger Innovationen am Markt, denn der grösste Teil der F&E-Mittel stammen heute aus dem Privatsektor und wird für Forschung im gleichen Sektor aufgewendet.

Aktuell wird ein Teil der Forschung an Hochschulen der Schweiz fremdfinanziert, dies einerseits angesichts der von der Politik verursachten Budgetknappheit und andererseits wegen der sehr hohen Kosten der Forschung in vielen zukunftsgerichteten Branchen. Die Schweizer Hochschulen stehen im internationalen Wettbewerb, wir können die Fremdfinanzierung nicht von Anfang an verteufeln, vor allem wenn die öffentliche Hand nicht bereit ist, die notwendigen Finanzen zur Verfügung zu stellen. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass die Freiheit der Forschung und der Lehre in jedem Fall gewährleistet wird und dass Transparenz bzgl. der Finanzierung besteht. Auch wenn wir der Fremdfinanzierung von Forschung vielleicht ablehnend gegenüber stehen, mit der strikten Einhaltung der obigen Regeln ist es vertretbar. Das Wichtigste für die institutionelle Forschung ist, dass sie im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Nur so wird es gelingen, Innovationen und neue Lösungen zu finden, ohne dass Resultate durch privatwirtschaftliche Interessen verzerrt, zurückbehalten oder patentiert werden und damit nur ein kleiner Teil der Gesellschaft von Forschung profitiert. Forschung und Wissen im Allgemeinen sind ein öffentliches Gut. Und der Staat muss alles daran setzen, dass dies so bleibt.

Open access / open science

Der Schweizerische Nationalfonds empfiehlt seinen Beitragsempfängenden, Forschungsergebnisse in Form von offen zugänglichen wissenschaftlichen Artikeln oder Büchern zu veröffentlichen. Der European Research Council geht diesbezüglich einen Schritt weiter und verlangt seit 2014 den Open Access zu den Forschungsergebnissen seiner Beitragsempfänger/innen. Auch der SNF müsste seine bisherige Empfehlung in eine Verbindlichkeit umwandeln. Die Vereinigung der Schweizer Universitäten «Swissuniversities» verabschiedete am 31. Januar 2017 eine nationale Open Access Strategie, gemäss derer es wünschbar wäre, dass bis 2024 alle wissenschaftlichen Publikationen in der Schweiz Open Access zur Verfügung stünden. Dies ist zu begrüßen, allerdings ist der Zeithorizont sehr lang und der Wunsch schwammig formuliert. Einzelne Universitäten haben bereits eigene «Research Repositories», wo alle publizierten Papers zugänglich sind, in Betrieb genommen. Dies soll Standard für alle Hochschulen werden.

Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen ist auch in der Zusammenarbeit mit privaten Auftraggebern/innen zentral. Auch wenn die meisten Geldgeber einsehen, dass die Publikation für die Wissenschaftler/innen wichtig ist, versuchen sie oft mit Druck, die Publikation von ungünstigen Resultaten zu verzögern. Weitere wichtige Punkte sind Haftungsfragen (die Unis haften nur bei Grobfahrlässigkeit der Studien) und geistiges Eigentum, welches bei der Universität liegen muss. Eine Regulierung oder ein Zwang zur Offenlegung von Forschungsergebnissen im privaten Sektor wird allerdings nur in spezifi-

schen Sektoren möglich sein.⁷ Allerdings könnten Anreize (Steuererleichterungen, noch stärkerer Patentschutz, andere Vorteile) dafür eingesetzt werden, um Veröffentlichungen zu fördern. Der Wissens- und Technologietransfer unterstützt die Innovation mit der Vernetzung der Unternehmen und der Hochschulen.

Kernsatz 9: Der freie Zugang zu Forschungsergebnissen ist ein entscheidender Faktor in einer innovationsgetriebenen Wirtschaft.

Aus- und Weiterbildung

Arbeitsplätze im Bereich neuer, klimafreundlicher Technologien werden mit Anforderungen an abstraktes Denken und hohes Können verbunden sein. Gleichzeitig könnte die Automatisierung auch dazu führen, dass musische Bildung, soziale Fähigkeiten und andere geisteswissenschaftliche Lehrgänge wieder gefragt werden. Damit Menschen in den neuen Arbeitsfeldern tätig sein können, sind wesentliche Anstrengungen für Aus- und Weiterbildung bzw. Umschulung nötig. Mit Blick auf eine ressourcenschonende Wirtschaft welche auf Entwicklung und Innovation setzt, werden Investitionen in Bildung dringend.

Kernsatz 10: Die Schweiz ist auf kompetente Fachleute angewiesen, die ihr Wissen und Knowhow mit klaren Perspektiven in den Schweizer Arbeitsmarkt investieren können. Ein starkes Bildungswesen ab Vorschulalter ist dazu zentral.

Das Schweizer Bildungssystem ist mit seiner Durchlässigkeit diesbezüglich international wegweisend. Auf diesem Weg muss die Schweiz weitergehen und die Durchlässigkeit auch zwischen Akademie und Wirtschaft stärken sowie die Diversität von Hochschulkarrieren fördern, um ausgezeichneten Talenten Perspektiven in der öffentlichen Forschung zu eröffnen.

2.5 Wertewandel und Demokratisierung der Wirtschaft

In westlichen Industriestaaten ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf deutlich zu hoch in Bezug auf die natürliche Regenerationsfähigkeit der Natur. Bei aller Anstrengung betreffend Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist daher ein Ansatz der Suffizienz, d.h. die Kunst des Weniger zu verfolgen. Der angestrebte Umbau der Wirtschaft muss deshalb in einer langfristigen Perspektive auch zu einem Wertewandel beitragen, indem eine Abkehr von der Fokussierung auf materiellen Wohlstand stattfindet. Weitere und neue Güter bringen ab einem gewissen Wohlstandsgrad kaum zusätzlichen Nutzen oder können sogar schädlich sein. Wohlbefinden kann nicht nur als materiellen Wohlstand begriffen werden. Zentral sollte dabei die Frage nach einem guten und erfüllten Leben jenseits eines stetig steigenden Konsums sein (Flugkilometer pro Person, Wohnfläche pro Person, Distanz Wohnort-Arbeitsort u.a.m.). Nur so kann letztlich ein ressourcenschonendes Leben der Menschen entstehen. Zudem muss die Diskussion

⁷ Bei der Zulassung von Medikamenten müssen alle getätigten Studien vorgewiesen werden und vorab zentral erfasst werden. Erfolgt das nicht, wird die Zulassung nur unter erschwerten Bedingungen akzeptiert.

über die Verteilung von Arbeit und Erwerbslohn über die Valorisierung gesellschaftlicher Beiträge ausserhalb der Erwerbsarbeit sowie über ein nicht an Arbeit gebundenes Grundeinkommen weiter geführt werden. Gleichzeitig muss die Demokratisierung der Wirtschaft angegangen werden, so wie dies u.a. im Positionspapier der SP Schweiz zur Wirtschaftsdemokratie aufgezeigt wird. Dazu gehört soziale Gerechtigkeit auch mit Blick auf die Verteilung von Gewinnen, eine am Gemeinwohl orientierte staatliche Geld- und Bodenpolitik, die Förderung von Produktionsgenossenschaften und regionalen Vertragslandwirtschaften.

Kernsatz 11: Der Umbau der Wirtschaft soll in mit einem Wertewandel auf individueller und gesellschaftlicher Ebene und einer Demokratisierung der Wirtschaft einhergehen.